

## **MACHTKAMPF ODER RELIGIONSKRIEG?**

**ZUR KONFESSIONALISIERUNG DER KONFLIKTE  
IN DER ARABISCHEN WELT – EIN BLICK AUF SYRIEN,  
DEN LIBANON UND IRAK**

*Martin Pabst*



Dr. Martin Pabst ist selbstständiger Politikwissenschaftler sowie stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

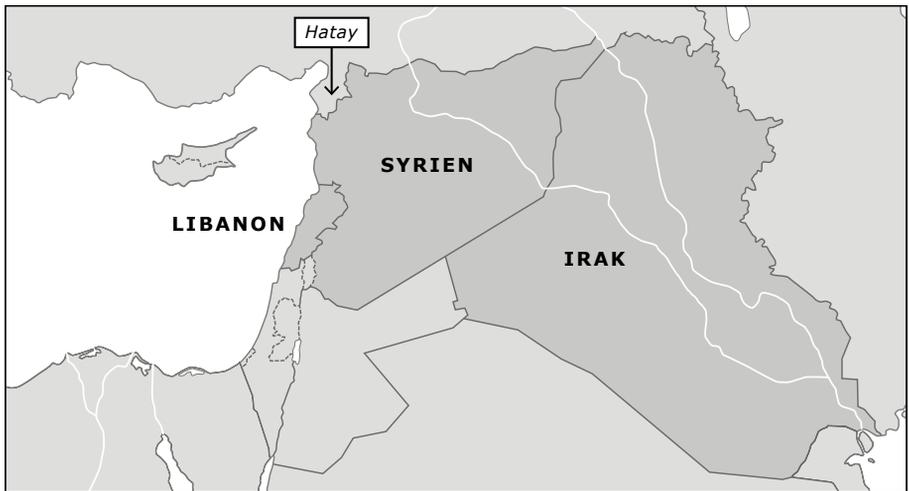
Die bewaffneten Konflikte im arabischen Raum werden häufig als „ethnische Kriege“ oder „religiöse Kriege“ klassifiziert, häufig mit der Unterstellung der Unvermeidlichkeit. Aus dieser Sichtweise sind Araber geschworene Feinde der Kurden und Iraner, Muslime die Widersacher der Juden und Christen, und sunnitische Muslime stehen in einer Dauerfehde mit schiitischen Muslimen. Hingegen dementieren andere Beobachter eine ethnische, religiöse oder auch auf der Stammeszugehörigkeit basierende Motivation der Auseinandersetzungen. Entsprechende Ressentiments würden allenfalls im Kampf um Macht, Expansion oder Ressourcenkontrolle instrumentalisiert. Am Beispiel Syriens, des Libanons und Iraks soll untersucht werden, ob und inwieweit ethnische und religiöse Identitäten das Handeln der Konfliktakteure bestimmen.

In Europa begannen nach dem Westfälischen Frieden von 1648 souveräne Territorialstaaten an die Stelle übernationaler Reiche zu treten. Dieser Prozess war nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Zerfall Russlands und Österreich-Ungarns abgeschlossen. Im 19. Jahrhundert bildete sich das Modell des Nationalstaats heraus, in dem die Nation bzw. das Volk möglichst identisch mit dem Staat sind. Der Nationalstaat sucht auf ethnisch-sprachlich-kultureller Grundlage („Kulturnation“) oder auf Willensbasis („Staatsnation“) ein homogenes Staatsvolk zu schaffen. Zur Entpolitisierung oder gar Nivellierung von Gruppenidentitäten tragen Verwaltung und Gesetze, die nationalstaatliche Ideologie, die Sprachenpolitik, das Bildungssystem und die allgemeine Wehrpflicht bei. Mitunter erfolgt eine Homogenisierung auch durch Umsiedlung oder Vertreibung von Bevölkerungsgruppen.

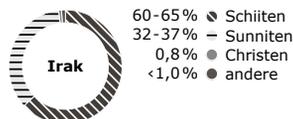
Anders verlief die Entwicklung im arabischen Raum. Mit Ausnahme Marokkos, Innerarabiens und des Omans gehörte der gesamte Raum zum Osmanischen Reich. Seine Provinzen Beirut, Aleppo, Damaskus, Mosul, Bagdad und Basra waren die Vorläufer der heutigen Staaten Libanon, Syrien und Irak. Sie zeichnen sich durch eine besonders große ethnische, religiöse und tribale Vielfalt mit ausgeprägten, sich überlappenden Gruppenidentitäten aus.

Abb. 1

### Bevölkerungszusammensetzung



#### Religiöse Gruppen



#### Ethnische Gruppen



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten aus: CIA, *The World Factbook*, 2013-2014, Washington DC, <http://cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook> [12.06.2015]. Zahlen für Libanon mangels aktueller Volkszählung umstritten.

Individualismus hat in den Gesellschaften von alters her nur einen geringen Stellenwert. Der Mensch ist Teil einer Großfamilie, darüber hinaus eines Stammes, einer Religionsgruppe und einer ethnisch-sprachlich-kulturellen Gemeinschaft. Auch wenn heute bei der Jugend, nicht zuletzt aufgrund des Zugangs zu globalen Medien und sozialen Netzwerken, individualistische Orientierungen zunehmen, haben Gruppenidentitäten im Nahen und Mittleren Osten weiterhin großes Gewicht. Aufgrund jahrhundertelanger geschichtlicher Prägung kommt der Religionsgruppe besondere Bedeutung zu. Sie wurde zum wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Identifikationsrahmen. Damit geht jedoch nicht zwingend eine besonders ausgeprägte Frömmigkeit einher.

Im Osmanischen Reich gab es keine Nation, nur eine muslimische „Nationalität“ sowie „millets“ (sich selbst verwaltende, zusätzlich besteuerte nicht-muslimische Religionsgemeinschaften wie die Juden, die armenisch-apostolischen Christen und die griechisch-orthodoxen Christen). Der religiöse Führer agierte in Personalunion als politischer Führer und war gegenüber der Regierung für seine Gemeinschaft verantwortlich. Dieses System hat über Jahrhunderte ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.<sup>1</sup>

**Im Osmanischen Reich wurde Schiiten vorgeworfen, „die Fünfte Kolonne“ der Perser zu sein. Noch schlechter gestellt waren Religionsgemeinschaften wie Alawiten und Drusen.**

Da der sunnitische Islam Staatsreligion war, hatten Schiiten freilich keinen Rechtsstatus.

In den mesopotamischen Provinzen wurde ihnen immer wieder vorgeworfen, sie seien „die Fünfte Kolonne“ der Perser. Von höhe-

ren Staatsämtern und Offiziersstellen waren sie ausgeschlossen. 1915/1916 kam es unter den Schiiten zu antiosmanischen Aufständen.<sup>2</sup> Noch schlechter gestellt waren nachislamische Religionsgemeinschaften wie die Alawiten (auch Nusairier genannt) und die Drusen. Die Anhänger der beiden Religionsgemeinschaften zogen sich in Bergregionen zurück. Verfolgungen wechselten sich mit pragmatischer Duldung ab.<sup>3</sup>

Religionsgemeinschaften bildeten im Osmanischen Reich nicht nur Identitäts-, sondern auch Solidar- und Überlebensgemeinschaften. Da die staatliche Durchdringung der arabischen Provinzen gering war, blieb in Zeiten wirtschaftlicher Not, bei Krieg oder

1 | Vgl. Udo Steinbach, *Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas*, Bergisch-Gladbach, 1996, S. 66 f.

2 | Vgl. Henner Fürtig, „Irak“, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart*, München, 5. Aufl. 2005, S. 516.

3 | Vgl. William Harris, *Lebanon. A History. 600-2011*, Oxford, 2012, S. 85.

Naturkatastrophen nur der Rückgriff auf die religiöse Gemeinschaft, ggf. auch Stammeszugehörigkeit.

Ihre Mitglieder bewohnten bestimmte Landstriche, Dörfer oder Stadtviertel; sie heirateten untereinander, fanden Arbeit bei Freunden oder Verwandten und standen sich gegenseitig in Notlagen bei. Bis heute spielt die Solidarität und Überlebenshilfe der Religionsgemeinschaft im arabischen Raum eine wichtige Rolle. Angesichts kaum existenter Individual- und Bürgerrechte dient die Religionsgemeinschaft, genauso wie der Stamm, außerdem als wichtige Lobbyinstitution, um Anliegen der Mitglieder gegenüber dem Staat zu vertreten.

## **TEILE UND HERRSCHE**

Als die Macht des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert abnahm, erhofften sich die europäischen Mächte territoriale Gewinne. Zur Destabilisierung der Sultansherrschaft suchten sie Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu schüren und Unabhängigkeitsbewegungen anzuzetteln bzw. zu fördern.

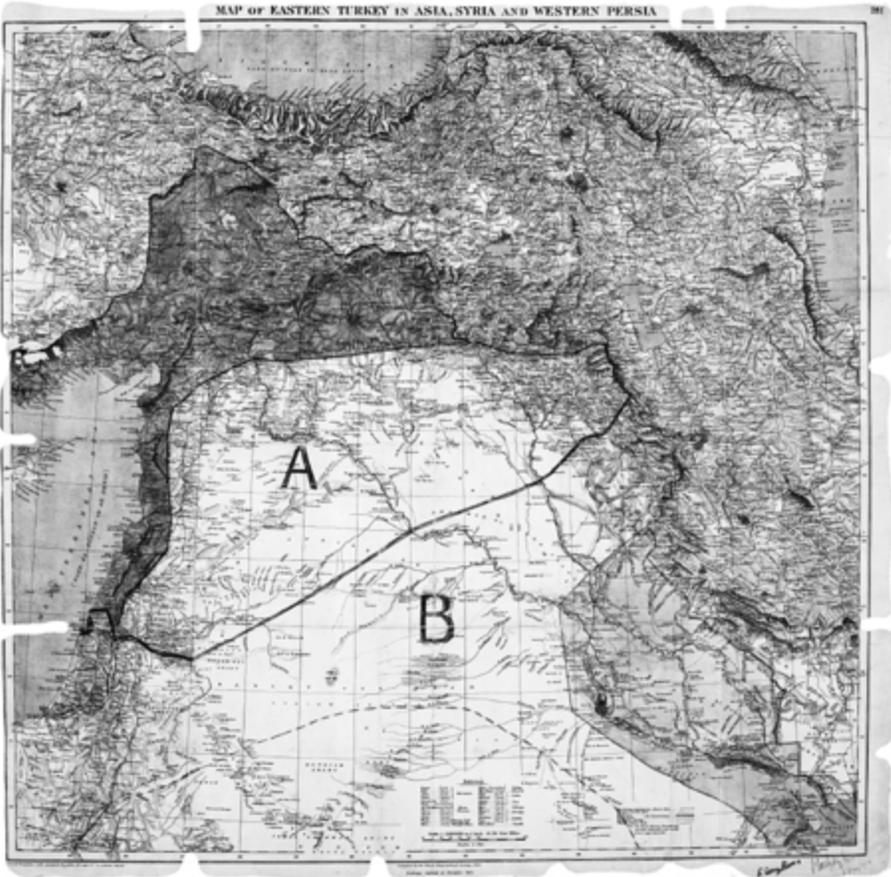
Mit dem Argument, Minderheiten schützen zu müssen, griffen europäische Staaten in die osmanische Innenpolitik ein. Frankreich beanspruchte eine Schutzmachtrolle für die katholischen Christen, das Russische Reich für die orthodoxen Christen und Großbritannien für die Juden. Die Minderheiten profitierten von der externen Unterstützung, doch erzeugte ihre Privilegierung Ressentiments bei der muslimischen Bevölkerungsmehrheit.<sup>4</sup>

Insbesondere Russland unterstützte armenische und kurdische Unabhängigkeitsbewegungen. Beiden Völkern wurden Nationalstaaten in Aussicht gestellt, wobei den Unterstützern wohl bewusst war, dass sich die beanspruchten Territorien zu einem großen Teil überlappten. Die Gründung eines armenischen und eines kurdischen Staates hätte sicherlich in kurzer Frist einen heftigen bilateralen Konflikt ausgelöst. Bezeichnenderweise unterblieb nach der Niederlage des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg die Gründung dieser Staaten.<sup>5</sup>

4 | Vgl. Johanna Pink, „Der Islam und die nichtislamischen Minderheiten“, in: Ende/Steinbach (Hrsg.), Fn. 2, S. 734.

5 | Vgl. Erich Feigl, *Die Kurden. Geschichte und Schicksal eines Volkes*, München, 1995, S. 159-183.

Im Gegenzug suchte die osmanische Regierung im ausgehenden 19. Jahrhundert ihre bedrohte Macht durch eine „Teile und herrsche“-Politik zu behaupten. So spielte Sultan Abd ül-Hamid II. (reg. 1876 bis 1909) in Anatolien Kurden gegen die vorwiegend als Kaufleute und Steuereintreiber fungierenden Armenier aus, im Libanon Drusen gegen die katholischen Maroniten, in Syrien Sunniten gegen Alawiten, im Irak sunnitische Steppennomaden gegen schiitische Ackerbauern.<sup>6</sup>



Am 16. Mai 1916 schlossen Großbritannien und Frankreich das geheime Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung der osmanischen Gebiete im Nahen und Mittleren Osten – nach jahrzehntelanger Intervention in die Innenpolitik des Osmanischen Reichs. In modifizierter Form wurde das Abkommen zur Grundlage der 1920 in San Remo vereinbarten Grenzen der britischen und französischen Völkerbundsmandate. | Quelle: Royal Geographical Society, The National Archives (UK), MPK1/426 ©©.

6 | Vgl. Ernst Werner/Walter Markow, *Geschichte der Türken. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Berlin-Ost, 1979, S. 215.

Großbritannien gewann im Ersten Weltkrieg arabische Stämme als Bundesgenossen und versprach ihnen einen arabischen Nationalstaat. Doch im Widerspruch dazu schlossen London und Paris am 16. Mai 1916 das Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung der osmanischen Gebiete im Nahen und Mittleren Osten. Auf dieser Grundlage gingen 1920 die Provinzen Beirut, Aleppo und Damaskus als Völkerbundsmandat Syrien an Frankreich, die Provinzen Mosul, Bagdad und Basra als Völkerbundsmandat Irak an Großbritannien.

In bewährter „Teile und herrsche“-Politik privilegierten Paris und London die Minderheiten gegenüber der Mehrheit und machten sie damit von sich abhängig. Frankreich plante zunächst, sein Mandatsgebiet auf konfessioneller Grundlage in sechs Territorien aufzuteilen. Schließlich wurden vier Verwaltungsgebiete geschaffen: der mehrheitlich christlich besiedelte Libanon, der Dschebel Drus, der Alawitenstaat und (Rest-)Syrien.<sup>7</sup> Für Verwaltung und Militär rekrutierte Paris vor allem Christen und Alawiten. Die Drusen machte sich Frankreich mit Eingriffen in deren Feudalsystem zum Feind, weswegen es 1925 bis 1927 zu einem heftigen Drusenaufstand kam. Vorübergehend kämpften dabei sunnitische Syrer an der Seite der Drusen, doch hielt diese Koalition nicht lange. 1936 beendete Frankreich die Autonomie des Dschebel Drus und des Alawitenstaates. Die von der Mehrheit der Sunniten dominierte interne Regierung bemühte sich, fortan jegliche Eigenbestrebungen von Drusen und Alawiten zu unterbinden.<sup>8</sup>

**In bewährter „Teile und Herrsche“-Politik privilegierten Paris und London nach dem ersten Weltkrieg die Minderheiten Syriens und Iraks und machten sie von sich abhängig.**

Im Irak setzte London nicht auf die schiitische Bevölkerungsmehrheit, deren Geistliche sich während und nach dem Krieg gegen britischen Einfluss ausgesprochen hatten, sondern auf die sunnitische Oberschicht in Bagdad und auf einzelne sunnitische Stammesführer. Mit den Haschemiten aus dem Hedschas wurde dem Irak zudem eine landfremde sunnitische Königsdynastie

7 | Getrennt verwaltet wurde außerdem der von der Türkei beanspruchte Sandschak von Alexandrette an der Mittelmeerküste (auch Hatay genannt). 1938 erklärte ihn sein Parlament für autonom, 1939 proklamierte es nach einem umstrittenen Referendum die Vereinigung mit der Türkei, was von Frankreich anerkannt wurde. Das 1944 unabhängig gewordene Syrien erkannte die Zugehörigkeit von Hatay zur Türkei hingegen nicht an. Siehe Steinbach, Fn. 1, S. 149 f.

8 | Vgl. Margret Boveri, *Vom Minarett zum Bohrturm. Eine politische Biographie Vorderasiens*, Zürich/Leipzig/Berlin, 1938, S. 158-167, 382-408; Liselotte Abid, „Die Religion ist für Gott – das Land ist für alle“, in: Fritz Edlinger/Tyma Kraitt (Hrsg.), *Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte*, Wien, 2013, S. 24 f.

verordnet. Für das Militär rekrutierten die Briten bevorzugt Kurden und christliche Assyrer und setzten sie zur Unterdrückung von Aufständen ein. Damit galten diese Bevölkerungsgruppen sunnitischen wie schiitischen Arabern als Erfüllungsgehilfen der Mandatsmacht. Nur acht Monate nach der Unabhängigkeit des Irak (1932) wurden Massaker unter Assyrern verübt.<sup>9</sup>

Anders als Syrien war der Irak ein künstliches Gebilde, da der politische, wirtschaftliche und soziale Austausch zwischen den osmanischen Provinzen Mossul, Bagdad und Basra marginal gewesen war. Die im Nordirak lebenden Kurden zeigten von Anfang an wenig Loyalität gegenüber dem Irak und verfolgten separatistische Bestrebungen. Von 1922 bis 1924 versuchten sie erfolglos, ein „Königreich Kurdistan“ abzuspalten.<sup>10</sup> Das Verhältnis zwischen irakischen Sunniten und Schiiten war seit Jahrhunderten gespannt. In Hochburgen des Schiitentums wie Nadschaf, Kerbala und Kufa war es immer wieder zu Aufständen gegen die sunnitische Oberherrschaft gekommen.

Die Augenzeugin Margret Boveri schrieb: „Nach dem Krieg, da der neue Staat Irak aufgebaut werden soll, ist die Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten so tief und unüberbrückbar, dass sie oft den Bestand des jungen Staates zu sprengen droht.“<sup>11</sup>

### **„NATION BUILDING“ IM ZEICHEN DES PANARABISCHEN NATIONALISMUS**

**Im panarabischen Nationalismus wurden angestammte Religionen als Teil der arabischen Kultur anerkannt. Sie sollten aber in Politik, Recht und Verwaltung keine Bedeutung haben.**

Der panarabische Nationalismus strebte nach europäischem Vorbild den Aufbau unabhängiger Kulturnationen an. Alle angestammten Religionen wurden als Teil der arabischen Kultur anerkannt; sie sollten aber in Politik,

Recht und Verwaltung keine Bedeutung haben. Dasselbe galt für Stammesidentitäten. Fernziel war der Zusammenschluss der arabischen Staaten zu einer mächtigen panarabischen Nation.<sup>12</sup>

Am schnellsten wurde das 1944 unabhängig gewordene Syrien vom panarabischen Nationalismus erfasst. Mit der Wahl von Schukri al-Kuwatli zum Staatspräsidenten stieg er 1955 zur dominierenden Ideologie auf, und 1958 erfolgte der panarabische Zusam-

9 | Vgl. Boveri, Fn. 8, S. 138-143, 435-455.

10 | Fürtig, Fn. 2, S. 517.

11 | Boveri, Fn. 8, S. 151.

12 | Albert Hourani, *Die Geschichte der arabischen Völker*, Frankfurt am Main, 2000, S. 483-494.

menschluss mit dem nasseristischen Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR). Zwar löste sich die VAR 1961 wieder auf, doch kam es 1963 in Syrien zur Machtübernahme durch die ebenfalls panarabische Ba'ath-Partei.

Der 1932 unabhängig gewordene Irak blieb zunächst ein konservatives, eng mit Großbritannien verbundenes Königreich unter Führung des Haschemitenkönigs und der sunnitischen Oberschicht. Mit dem Sturz der Monarchie im Jahr 1958 kamen zunächst linksgerichtete Kräfte, schließlich 1963 ebenfalls die panarabische Ba'ath-Partei durch einen Militärputsch an die Macht.



Noch heute prägen die Gotteshäuser unterschiedlicher Religionen das Stadtbild von Beirut. Sie spiegeln die religiöse Diversität im Libanon wieder. | Quelle: Frode Bjørshol, flickr ©📷

Grundlegend anders verlief die Entwicklung im Libanon. Hier wurde der osmanische Gruppenpartikularismus nicht überwunden, sondern zum Organisationsprinzip des 1943 unabhängig gewordenen Staats erhoben. Angesichts einer Blockade zwischen Unabhängigkeitsbefürwortern und Befürwortern eines Anschlusses an Syrien einigte man sich damals auf den bis heute gültigen „Nationalpakt“ – Gründung eines souveränen Staats Libanon, kein Anschluss an Syrien, im Gegenzug keine Schutzmachtrolle Frankreichs und kein Militärbündnis mit dem Westen. Verfasst wurde der Libanon als Konkordanzdemokratie ohne Mehrheitsprinzip, basierend auf 18 anerkannten Religionsgemeinschaften (Sunniten, Siebener- und Zwölfer-Schiiten, Drusen, Alawiten, Juden

sowie zwölf christliche Religionsgemeinschaften). Nach einem feststehenden Schlüssel (6:5 Christen gegenüber Sonstigen) wurden die Parlamentssitze, außerdem die höchsten Staatsposten und viele Ämter aufgeteilt. Gewissermaßen bildete die Verfassung eine Fortsetzung des osmanischen Millet-Systems, nur ohne Privilegierung der sunnitischen Bevölkerungsgruppe. Die fehlende Parlamentsmehrheit sowie spezielle Verfassungsbestimmungen zwangen zu Konkordanz. Syrien sah in der Unabhängigkeit des Libanon ein neokoloniales Manöver Frankreichs und rang sich erst 2008 zur Anerkennung seiner Unabhängigkeit durch.<sup>13</sup>

In Syrien machte das gruppenübergreifende *nation building* in den 1960er Jahren Fortschritte. In dem säkularen Einparteiensstaat herrschte eine vergleichsweise große religiöse und kulturelle Freiheit, freilich kaum individuelle Freiheit. Manches davon blieb auch nach 1970 erhalten, als das Land unter die Herrschaft des Assad-Klans kam. Hingegen blieb das *nation building* im Irak ein Lippenbekenntnis, denn de facto wurde die Mehrheitsgruppe der Schiiten weiterhin ausgegrenzt. Dabei hatten die Schiiten im panarabischen Nationalismus ein Instrument der gleichberechtigten politischen Teilhabe gesehen. Bei der Machtergreifung der Ba'ath-Partei (1963) stellten sie noch die Mehrheit ihrer Mitglieder und 54 Prozent der Führungspositionen. Doch setzten sich in der Einheitspartei Vertreter einer sunnitischen Dominanz durch. 1968 hielten die Schiiten nur noch sechs Prozent der Führungspositionen. Weiterhin faktisch ausgegrenzt, wandten sich viele von ihnen mit Unterstützung ihrer Geistlichkeit islamistischen Untergrundorganisationen wie der Da'wa („Ruf zum Islam“) zu.<sup>14</sup>

**Da in Syrien wie im Irak eine „Kulturnation“ und keine „Staatsnation“, angestrebt wurde, erfolgte in beiden Ländern eine Diskriminierung in ethnisch-sprachlich-kultureller Hinsicht.**

Da eine „Kulturnation“, keine „Staatsnation“, angestrebt wurde, erfolgte in Syrien wie im Irak freilich eine Diskriminierung in ethnisch-sprachlich-kultureller Hinsicht. Nicht-Araber waren de facto Bürger zweiter Klasse. Leidtragende waren in erster Linie die Kurden, ein Volk mit ausgeprägter Eigenidentität, aber starker Zersplitterung im Hinblick auf Stammeszugehörigkeit, in sprachlicher wie auch religiöser Hinsicht (Sunniten, Schiiten, Christen, Juden sowie kleine Religionen wie Ahl-e Haqq, Haqqa, Jesiden, Schabak). Dem panarabischen

13 | Vgl. Maximilian Felsch, „Der Libanon zwischen Integration und Fragmentierung“, in: Rüdiger Robert/Daniela Schlicht/Shazia Saleem (Hrsg.), *Kollektive Identitäten im Nahen und Mittleren Osten*, Münster, 2010, S. 379-398.

14 | Vgl. Fürtig, Fn. 2, S. 518.

Nationalismus standen die Kurden denn auch von Anfang an skeptisch gegenüber. Sie bevorzugten kommunistische Parteien bzw. folgten secessionistischen Bestrebungen.<sup>15</sup>

Im Irak führten Kurden von 1960 bis 1970 einen erbitterten Guerillakrieg um Autonomie. Im Gegenzug griff die irakische Regierung zu Zwangsassimilation und Umsiedlungen. Insbesondere die ölfreiche Region um Kirkuk sollte auf Kosten von Kurden, Assyryern und Turkmenen mit Arabern besiedelt werden.<sup>16</sup> Auch in Syrien wurde im kurdischen Norden eine Arabisierungspolitik verfolgt. 1962 wurde Tausenden Kurden die Staatsbürgerschaft entzogen, so dass es im Jahr 2011 über 150.000 Staatenlose gab. Außerdem wurden ab den 1970er Jahren arabische Beduinen in Nordsyrien angesiedelt, um in dem Grenzgebiet einen „Arabischen Gürtel“ zu etablieren.<sup>17</sup>

### **CLIQUENHERRSCHAFTEN UNTER ASSAD UND HUSSEIN**

Gruppenbezogene Spannungen verschärften sich ab den 1970er Jahren, als der panarabische Nationalismus sowohl in Syrien wie auch im Irak immer stärker zur Cliquenherrschaft ausuferte. In Syrien brachte sich 1970 der Luftwaffengeneral Hafiz al-Assad durch einen Staatstreich an die Macht. Er stützte sich in erster Linie auf seinen Familienklan im Küstengebirge (Dschebel Ansariye), darüber hinaus auf seine Religionsgruppe der Alawiten. Ergänzend umwarb Assad weitere religiöse Minderheiten (Christen, Drusen, Schiiten), denen ebenfalls Posten in Regierung, Verwaltung und Armee eingeräumt wurden. Aus dem sunnitischen Lager wurden die Händlerschicht von Damaskus und Aleppo und die konservative Damaszener Geistlichkeit kooptiert. Ansonsten waren die arabischen Sunniten bei Postenvergabe, Ressourcenverteilung und staatlichen Leistungen benachteiligt. Assads Herrschaft stand auf dünnem Eis, denn seine eigene alawitische Religionsgruppe machte nur ein Zehntel der syrischen Bevölkerung aus. Zusammen mit weiteren privilegierten Gruppen konnte er auf ein gutes Drittel der Bevölkerung zählen.<sup>18</sup>

15 | Vgl. Wolfgang Bretholz, *Aufstand der Araber*, Wien/München/Basel, 1960, S. 361.

16 | Vgl. Brendan O’Leary, „Power Sharing, Pluralist federation and Federacy“, in: Brendan O’Leary/John McGarry/Khaled Salih (Hrsg.), *The Future of Kurdistan in Iraq*, Philadelphia PA, 2005, S. 78-86.

17 | Vgl. Kristin Helberg, *Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land*, Freiburg i.Br., 2012, S. 99-108.

18 | Vgl. Tyma Kraitt, „Eine alawitische Militärdiktatur? Zum Verhältnis von Staat, Militär und Religion in Syrien“, in: Edlinger/Kraitt (Hrsg.), Fn. 8, S. 31-44.

**Bei politischem Wohlverhalten werden den kooptierten Religionen Land und Vergünstigungen gewährt. Daher halten alle syrischen Religionsführer Bashar al-Assad die Treue.**

Der Status der kooptierten Religionsgemeinschaften erinnert an das Millet-System der Osmanen. Der Großmufti von Damaskus, die christlichen Bischöfe und sonstige Religionsführer sind dem Staatspräsidenten persönlich für die Loyalität ihrer Gläubigen verantwortlich. Im Gegenzug gewährt ihnen der syrische Staat den protokollarischen Rang und die Privilegien eines Ministers. Bei politischem Wohlverhalten werden den Religionsgemeinschaften Vergünstigungen gewährt. Es überrascht daher nicht, dass alle syrischen Religionsführer bis heute Staatspräsident Bashar al-Assad, dem Sohn und Nachfolger von Hafiz al-Assad, die Treue halten (müssen).

Im Irak übernahm Saddam Hussein 1979 die Macht und begründete ebenfalls eine Cliquenherrschaft, gestützt auf seinen Familienclan, seinen al-Bu-Nasser-Stamm und weitere Stämme sowie darüber hinaus auf die arabisch-sunnitische Gruppe (ein Viertel der Bevölkerung). Auch Saddam Hussein kooptierte arabische religiöse Minderheiten wie die Christen und die Mandäer. Dabei griff der Staat zu ähnlichen Mechanismen wie in Syrien. Die Ernennung des chaldäischen Katholiken Tarik Aziz (eigentlicher Name Mikhail Yuhanna) 1979 zum Vizepremierminister und 1983 zum Außenminister war ein Signal an die irakischen Christen, dass sie bei politischem Wohlverhalten staatliche Privilegierung genossen.<sup>19</sup>

Am deutlichsten und ggf. am schmerzlichsten trat der krypto-konfessionalistische Charakter der Systeme bei den Sicherheitskräften und Geheimdiensten in Erscheinung: Führungskräfte und Eliteeinheiten wurden in Syrien aus der alawitischen Minderheit, im Irak aus der sunnitischen Minderheit rekrutiert.

Die jeweils benachteiligte Bevölkerungsmehrheit orientierte sich in beiden Staaten zunehmend am Islamismus. Diese Ideologie befand sich im Aufschwung, während der Panarabismus aufgrund der verheerenden Niederlage der arabischen Staaten gegen Israel (1967) und seiner unerfüllten wirtschaftlichen Versprechungen diskreditiert war. Die Islamisten versprachen Ehrlichkeit,

Die jeweils benachteiligte Bevölkerungsmehrheit orientierte sich in beiden Staaten zunehmend am Islamismus. Diese Ideologie befand sich im Aufschwung, während der Panarabismus aufgrund der verheerenden Niederlage der arabischen Staaten gegen Israel (1967) und seiner unerfüllten wirtschaftlichen Versprechungen diskreditiert war. Die Islamisten versprachen Ehrlichkeit,

19 | Saddam Hussein griff auch bei den Stämmen des Landes zu einer „Teile und herrsche“-Politik: Er suchte Allianzen mit mächtigen Stämmen und spielte sie gegen andere Stämme aus. Vgl. Amatzia Baram, „The Iraqi Tribes and the Post-Saddam System“, *Brookings Paper*, 08.07.2003, <http://brookings.edu/research/papers/2003/07/08iraq-baram> [28.05.2015].

Gerechtigkeit, globale Macht sowie einen andersgearteten überstaatlichen Zusammenschluss auf der Basis des gemeinsamen Glaubens.

In Syrien machte die sunnitische Muslimbruderschaft in den 1970er Jahren auf dem Land rasch Fortschritte. Insbesondere die Dominanz der „ketzerischen“ Alawiten war der Bruderschaft ein Dorn im Auge. Ihr radikaler Flügel sagte der Regierung 1976 den Kampf an und verübte blutige Anschläge. Hafiz al-Assad reagierte mit brutaler Verfolgung, kulminierend 1982 im Massaker von Hama mit Zehntausenden Toten.<sup>20</sup>



Sowohl Bashar al-Assad (Bild) als auch Saddam Hussein sicherten sich ihre Macht durch Cliquenherrschaft und die Kooptation religiöser Minderheiten, ökonomischer Interessengruppen und Stämme. | Quelle: Beshr Abdulhadi, flickr ©.

Im Irak erhielten die schiitisch-islamistischen Untergrundbewegungen 1979 Auftrieb durch die Islamische Revolution im Iran. Es mehrt sich Angriffe gegen Amtsträger und Symbole des Ba'ath-Regimes. Saddam Hussein reagierte mit Deportationen und der Ermordung von Aktivisten. Auch sein Überfall auf den Iran im September 1980 war von der Furcht einer Aufwiegelung der irakischen Schiiten bestimmt. Im Ersten Golfkrieg blieben diese jedoch mehrheitlich loyal. Nach der Niederlage des Irak im Zweiten Golfkrieg wagten die Schiiten 1991 einen Aufstand. Dessen brutale Niederschlagung soll bis zu 100.000 Menschenleben gekostet haben. Danach griff Saddam Hussein erneut zu Deportationen

20 | Vgl. Werner Schmucker, „Sekten und Sondergruppen“, in: Ende/Steinbach (Hrsg.), Fn.2, S. 720.

sowie zur radikalen Dezimierung der schiitischen Geistlichkeit.<sup>21</sup> Noch im Angesicht des Galgens stieß Saddam Hussein am 30. Dezember 2006 Verwünschungen gegen die „Perser“ aus. Dies macht deutlich, dass der Diktator in den irakischen Schiiten nie etwas anderes als eine Fünfte Kolonne Teherans gesehen hat.<sup>22</sup>

Ebenso brutal ging Saddam Hussein gegen die Kurden vor, die im Unterschied zu den Schiiten im Ersten Golfkrieg freilich mit dem Iran kollaboriert hatten. In der Operation „Anfal“ wurden zwischen 1986 und 1989 Tausende kurdische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und Zehntausende Kurden getötet, unter anderem durch den Einsatz chemischer Waffen.

**Indem sich US-Zivilverwalter Bremer beim Wiederaufbau des Irak an die zerstrittenen ethnischen bzw. religiösen Gruppen wandte, trug er zur Partikularisierung des Landes bei.**

Nach dem Sturz Saddam Husseins versäumte es die US-Besatzungsmacht, den Aufbau einer gruppenübergreifenden irakischen Nation anzustoßen. Zivilverwalter Paul Bremer wandte sich beim Wiederaufbau des Staats

an die Führer der zerstrittenen ethnischen bzw. religiösen Gruppen sowie an die Scheichs der Stämme. Damit trug er zur fortdauernden Partikularisierung des Landes bei.<sup>23</sup> Neue politische Parteien wurden vorwiegend auf der Grundlage ethnischer, religiöser und tribaler Zugehörigkeit gegründet. Allgemeine, gleiche Wahlen brachten 2005 erstmals in der Geschichte des Landes die schiitische Bevölkerungsmehrheit an die Macht. Eine 2006 von Senator Joseph R. Biden und Leslie H. Gelb propagierte Verfassungsreform mit drei weitgehend autonomen Gliedstaaten („Biden-Plan“) wurde von der Bush-Regierung zugunsten des Status quo einer starken Bundesregierung abgelehnt.<sup>24</sup> Premierminister Nouri al-Maliki (regierte 2006 bis 2014) von der islamistischen Da'wa-Partei kehrte das bisherige Herrschaftssystem um: Nun diskriminierte die schiitische Mehrheit die sunnitische Minderheit – bei der Besetzung von Posten in Regierung, Verwaltung und Sicherheitskräften, bei der Bereitstellung von Infrastruktur und staatlichen Dienstleistungen. Die Kurden konnten die Bestätigung ihrer 1991 erreichten Autonomie im Nordirak durchsetzen und arbeiteten auf den weiteren Ausbau ihrer Eigenständigkeit hin. Auch heute gilt im künstlich geschaffenen Nationalstaat Irak der

21 | Vgl. Fürtig, Fn. 2, S. 518-520.

22 | Vgl. „Saddam starb mit Hasstiraden auf den Lippen“, *Die Welt*, 31.03.2006, <http://welt.de/705683> [26.05.2015].

23 | Vgl. Fürtig, Fn. 2, S. 520.

24 | Joseph R. Biden/Leslie H. Gelb, „Unity Through Autonomy in Iraq“, *The New York Times*, 01.05.2006.

Satz von Peter W. Galbraith: „The fundamental problem of Iraq is an absence of Iraqis.“<sup>25</sup>

Malikis Politik umgekehrter Diskriminierung und die fortdauernde Stationierung von US-Truppen heizten den arabisch-sunnitischen Widerstand an. Der Irak mit seinen weiten, kaum kontrollierbaren Grenzen wurde zum Magnet für radikalislamistische Freiwillige aus dem Ausland. Zunehmend entwickelte sich der Gruppenkonflikt zum Stellvertreterkrieg: Saudi-Arabien und seine Verbündeten unterstützten die sunnitischen Widerständler, der Iran die schiitische Regierung Malikis. Beide Staaten trugen somit auf irakischem Boden ihre ideologische und geopolitische Rivalität aus.

### DER SUNNITISCH-SCHIITISCHE ZWIST

Der sunnitisch-schiitische Zwist reicht weit in die Geschichte zurück.<sup>26</sup> Nach dem Tod des Propheten kam es zu einem erbitterten politischen Nachfolgestreit zwischen der dynastisch orientierten Partei der Sunniten und der auf Blutsverwandtschaft pochenden Partei der Schiiten. Dabei setzten sich die Sunniten durch. Nur im Jemen (897 bis 1962) und im Iran (1501 bis heute) konnten Schiiten über einen langen Zeitraum die politische Führung übernehmen. Das gegenseitige Verhältnis ist von Ressentiments und Vorurteilen gekennzeichnet. Doch haben Sunniten und Schiiten vielerorts über Jahrhunderte friedlich nebeneinander gelebt. Dies änderte sich, als im 18. Jahrhundert in Innerarabien die sunnitische Richtung des Wahabismus aufkam. Die puristischen Wahabiten orientieren sich an einer idealisierten muslimischen Urgemeinschaft und sehen in den Schiiten Verräter und Abweichler, die sie erbittert bekämpfen. Von solchem Gedankengut sind auch heutige Salafisten und Dschihadisten geprägt.

In den 1920er Jahren eroberten die Wahabiten weite Teile der Arabischen Halbinsel und begründeten das Königreich Saudi-Arabien.

**Aufgrund reicher Ölfunde wurde Saudi-Arabien zur dominierenden arabischen Macht am Golf. Damit stieg es zum regionalpolitischen Rivalen des Iran auf.**

Aufgrund reicher Ölfunde wurde es zur dominierenden arabischen Macht am Golf. Damit stieg Saudi-Arabien zum regionalpolitischen Rivalen des Iran auf. Als dort 1979 die Islamische Revolution siegte, trat zur politischen eine ideologische Rivalität hinzu. Beide Staaten strebten danach, sowohl die

25 | Peter W. Galbraith, „What Went Wrong“, in: O’Leary/McGarry/Salih (Hrsg.), Fn. 16, S. 242.

26 | Vgl. Council on Foreign Relations, „The Sunni-Shia Divide“, 2014, <http://cfr.org/peace-conflict-and-human-rights/sunni-shia-divide/p33176#!> [26.05.2015].

Führung am Golf wie auch die religiöse Führerschaft in der muslimischen Welt zu erringen. Dabei bestehen allerdings wesentliche Unterschiede: Saudi-Arabien agiert antischiitisch, während sich der Iran nicht antisunnitisch positioniert. Saudi-Arabien versucht seine Richtung des Wahabismus in der muslimischen Welt durchzusetzen, während der Iran lediglich sein politisches Modell der Islamischen Republik auch sunnitischen Muslimen als Vorbild anträgt. Daneben ist der Iran bestrebt, die schiitischen Gemeinschaften in arabischen Ländern zu stärken und dadurch politischen Einfluss zu gewinnen. Saudi-Arabien fürchtet eine antimonarchische Politisierung der schiitischen Bevölkerungsgruppen am Golf und trachtet danach, einen antiiranischen sunnitischen Block zu formieren. Hinzu tritt seit einem guten Jahrzehnt die Angst Saudi-Arabiens vor einem militärischen Atomprogramm des Irans. Im Dezember 2004 warnte der jordanische König Abdullah vor der Entstehung eines iranisch geführten „schiitischen Halbmonds“ vom Mittelmeer bis zum Golf, der die sunnitischen Staaten bedrohe.<sup>27</sup>



Die von Scheich Hassan Nasrallah geführte Hisbollah (Partei Gottes) ist die wichtigste Partei der libanesischen Schiiten. Sie verfügt über eine kampfkraftige, inzwischen auch in Syrien auf Seiten der Regierung kämpfende Miliz. | Quelle: © Martin Pabst.

Die machtpolitische und zugleich ideologische Konkurrenz zwischen dem saudischen und dem iranischen Lager hat vielerorts die Beziehungen zwischen Sunniten (ca. 85 Prozent der Muslime weltweit) und Schiiten (ca. 15 Prozent) vergiftet. Zunehmend werden

27 | Vgl. Ian Black, „Fear of a Shia full moon“, *The Guardian*, 26.01.2007, <http://theguardian.com/world/2007/jan/26/worlddispatch.ianblack> [26.05.2015].

Gewalttaten begangen, die zumeist von fanatisierten sunnitischen Aktivisten ausgehen. In Syrien wie im Irak erachten diese es als göttlichen Auftrag, die schiitischen „Ketzer“ und ihre „Tempel“ (d.h. Moscheen) zu vernichten. Zu den Schiiten rechnen sie auch die Alawiten, die im neunten Jahrhundert aus dem Schiitentum hervorgegangen sind. Hingegen haben hohe schiitische Geistliche wie Großajatollah Ali al-Sistani von Nadschaf ihre Gläubigen immer wieder erfolgreich zur Zurückhaltung aufgerufen. Freilich sind als Reaktion auf salafistische und dschihadistische Angriffe in den letzten Jahren in Syrien und im Irak militante schiitische Milizen entstanden, die auf der Seite der Regierungen kämpfen.<sup>28</sup>

### **ENTWICKLUNGEN SEIT 2011**

Auch Syrien wurde im Frühjahr 2011 von der arabischen Protestbewegung erfasst. Als Polizeikräfte auf Demonstranten schossen sowie Jugendliche verhafteten und misshandelten, weiteten sich die Proteste auf weite Teile des ländlichen Syrien und die Vorstädte von Damaskus aus. Die Regierung lavierte zunächst zwischen Nachgeben und Repression, entschied sich aber zur Jahresmitte für die Niederschlagung der Protestbewegung. Im Gegenzug bewaffneten sich Demonstranten und bildeten Widerstandsmilizen. Aus Überläufern der Regierungsarmee und lokalen Freiwilligen formierte sich eine „Freie Syrische Armee“ (FSA).

In der nach politischer Freiheit und wirtschaftlicher Besserstellung strebenden Protestbewegung dominierte die benachteiligte sunnitische Mehrheit, doch gehörten ihr auch Vertreter der Minderheiten an, wie z.B. die alawitische Schriftstellerin Samar Yazbek. Auf Demonstrationen wurde mit Rufen wie „We are all Syrians, we are united“ und „No to sectarianism“ die Einheit der Nation beschworen. Unter dem Schirm der FSA bildeten sich sogar kleine alawitische und christliche Milizen.<sup>29</sup>

Strategie der syrischen Regierung war und ist es, die Protestbewegung als Aufstand radikalislamistischer Sunniten darzustellen, um dadurch bei den Minderheiten Angst hervorzurufen. Diese Strategie war erfolgreich: Die überwiegende Mehrheit der syrischen Alawiten, Christen, Drusen und Schiiten gilt bis heute als regimetreu oder zumindest als neutral. Unter den Alawiten ist

28 | Vgl. Vali Nasr, *The Shia Revival. How Conflicts Within Islam Will Shape the Future*, New York/London, 2007, S. 178/197.

29 | Vgl. Samar Yazbek, *Schrei nach Freiheit. Bericht aus dem Innern der syrischen Revolution*, München, 2012.

die Angst vor Rache und Vergeltung besonders verbreitet und mit Blick auf die leidvolle Geschichte sicherlich auch berechtigt.

Verschiedene Entwicklungen trugen dazu bei, dass der syrische Widerstand in der Tat allmählich eine konfessionalistische Ausrichtung annahm. So sicherte sich die Türkei wesentlichen Einfluss auf die FSA, deren Oberkommando und Ausbildungslager in der türkischen Provinz Hatay angesiedelt wurden. In der Türkei nahm auch der oppositionelle Syrische Nationalrat (SNR) seinen Sitz. Ankara sorgte für einen überproportionalen Einfluss der syrischen Muslimbruderschaft in seinen Gremien. Damit verstärkte sich die sunnitische Dominanz.



Vor allem durch seine reichen Ölvorkommen entwickelte sich Saudi-Arabien zur regionalen Großmacht. Zusätzlich motiviert durch den wahabitischen Islam, rivalisiert es mit dem schiitischen Iran um die Vormacht am Golf. | Quelle: hamza82, flickr ©🇸🇦🇮🇸.

FSA und SNR fanden nicht bei allen Widerstandsgruppen im Land Anerkennung. Doch auch bei diesen unabhängigen Gruppen nahmen konfessionalistische Tendenzen allmählich zu, erkennbar an der dezidiert sunnitischen Namensgebung neu gebildeter Milizen. Während der erbitterten Schlacht um Aleppo (Mitte 2012) verstärkte sich die Islamisierung. Diese Entwicklung wurde durch das Einsickern salafistischer Prediger und Kriegsfreiwilliger gefördert. Kampfkräftige radikalsunnitische Gruppen wie Liwa al-Tawhid und die zum Al-Qaida-Netzwerk gehörende Jabat al-Nusra rückten immer mehr in den Vordergrund. Auf Kundgebungen waren nun Slogans wie „Die Christen in den Libanon, die Alawiten in den Sarg“

zu hören. 2013 überflügelte das neu gegründete Rebellenbündnis Islamische Front mit ca. 45.000 Kämpfern die FSA bei Weitem. Es ist klar antischiitisch/antialawitisch ausgerichtet.<sup>30</sup> Das Erscheinen des dschihadistischen „Islamischen Staats im Irak und in Syrien“ (ISIS, inzwischen Islamischer Staat, IS) im selben Jahr bedeutete eine weitere, bislang ungekannte Stufe der Radikalisierung.

Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe verantwortlich. Erstens trug die syrische Regierung zur Islamisierung des Widerstands bei, indem sie im Frühjahr 2011 zahlreiche inhaftierte sunnitische Islamisten freiließ so-

wie säkulare Widerstandsgruppen tendenziell heftiger attackierte als islamistische.<sup>31</sup> Ihr Kalkül ist, dass sich der Westen aus Furcht vor Salafisten und Dschihadisten letztlich für die Regierung als das kleinere Übel entscheiden wird. Zweitens stärkte auf beiden Seiten ein klares Feindbild die Kampfkraft. Konfessionelle Bezüge traten damit immer stärker in den Vordergrund. Drittens erleichterte es die Konfessionalisierung sowohl der Regierung wie auch den Widerstand, externe Unterstützung zu gewinnen. So wurden die libanesische Hisbollah und irakisch-schitische Unterstützungsmilizen mit dem Argument zum Eingreifen auf Seiten der Regierung motiviert, schiitische Dörfer und Heiligtümer (wie der Sayyida-Zainab-Schrein in Damaskus) müssten vor Salafisten und Dschihadisten geschützt werden. Im Gegenzug erhielten die Widerstandsmilizen Zulauf von sunnitischen Freiwilligen aus vielen Ländern, die mit dem Kampf gegen „ketzerische Schiiten“ motiviert wurden. Viertens erleichterten es konfessionelle Feindbilder externen Akteuren wie dem Iran, der Türkei, Katar und Saudi-Arabien, Kämpfer für Syrien zu rekrutieren und dabei ihre machtpolitischen Ambitionen zu verschleiern. Fünftens war die Konfessionalisierung eine Folge des nicht enden wollenden Bürgerkriegs und des sukzessiven Zusammenbruchs des staatlichen Gewaltmonopols und der staatlichen Dienstleistungen. Nur durch den Rückgriff auf die Solidar- und Überlebensgemeinschaft

**Damaskus trug bewusst zur Islamisierung des Widerstands bei, hoffend, der Westen entscheide sich aus Furcht vor Salafisten und Dschihadisten für die Regierung als das kleinere Übel.**

30 | Vgl. Ulrike Putz, „Syriens Alawiten: Minderheit in Todesangst“, *Spiegel Online*, 22.02.2012, <http://spiegel.de/politik/ausland/a-816735.html> [26.05.2015].

31 | So wurden gemäß Überläuferinformationen Zahran Aloush und Hassan Aboud 2011 aus dem Damasener Saidnaya-Gefängnis freigelassen. Möglicherweise sogar mit Unterstützung des syrischen Geheimdienstes gründeten und führten sie die islamistischen Widerstandsgruppen Jaish Al Islam bzw. Ahrar Al Sham. Vgl. Phil Sands/Justin Vela/Suha Maayah, „Assad regime set free extremists from prison to fire up trouble during peaceful uprising“, *The National*, 21.01.2014, <http://thenational.ae/world/syria/assad-regime-set-free-extremists-from-prison-to-fire-up-trouble-during-peaceful-uprising> [26.05.2015].

konnten die Menschen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und die täglichen Angriffe überstehen. Schließlich erzeugten brutale Kriegsverbrechen an Zivilisten lediglich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgruppe Hass und Rachegefühle.

Seit 2011 sind von allen Seiten unzählige Vertreibungen und Massaker begangen worden. Wie in den 1990er Jahren auf dem Balkan dienen solche „Säuberungen“ häufig der Arrondierung von Territorien. Insbesondere der IS betreibt in seinem grenzübergreifenden Herrschaftsgebiet von der Größe Großbritanniens die systematische Ansiedlung von Sunniten. Im Gegenzug werden andere Religionsgruppen (Schiiten, Alawiten, Jesiden, Schabak, neuerdings auch Christen) vertrieben bzw. umgebracht, ihre Häuser und ihr Eigentum werden umverteilt.

Im Irak entfesselte der von Saudi-Arabien unterstützte sunnitische Widerstand nach dem Sturz Saddam Husseins einen Bürgerkrieg mit konfessionalistischer Frontstellung. Radikalsunnitische Terrororganisationen wie die Al-Qaida im Irak (der Vorläufer des IS) unter Führung von Abu Musab al-Zarqawi verübten zahlreiche brutale Anschläge gegen schiitische Wohnviertel, Moscheen und Heiligtümer. Religiöser Hass ging dabei einher mit einer kalkulierten Konfrontationsstrategie, von der man sich Solidarisierungseffekte versprach.

## **DIE AKTUELLE LAGE**

Die Instrumentalisierung von Minderheiten im Osmanischen Reich durch externe Staaten, die „Teile und herrsche“-Politik durch Sultan Abd ül-Hamid II. und die Mandatsmächte, das Scheitern des panarabischen Nationalismus bei der Herstellung von Freiheit und Gleichberechtigung für alle Bürger und die sich anschließenden autoritären Cliquenherrschaften mit einer faktischen Macht- und Ressourcenverteilung zugunsten einzelner Minderheiten haben ein hohes Spannungspotenzial zwischen den Bevölkerungsgruppen erzeugt, insbesondere zwischen den Religionsgruppen.

**Im Irak eskalierten nach 2003 die Spannungen zum dauerhaften bewaffneten Konflikt zwischen der sunnitischen Minderheit und der nun dominierenden schiitischen Mehrheit.**

Im Irak eskalierten nach 2003 die Spannungen zum dauerhaften bewaffneten Konflikt zwischen der sunnitischen Minderheit und der nun dominierenden schiitischen Mehrheit.

Aus den Golfstaaten unterstützte salafistische und dschihadistische Gruppierungen betrieben eine gezielte Kampagne gegen Schiiten. Zunehmend färbte dieses einfach gestrickte

Konfliktmuster auf den syrischen Bürgerkrieg ab: Sunniten vs. Schiiten (und Alawiten). Beide Seiten operieren mit radikalen Feindbildern, um das eigene Lager zu konsolidieren und zu mobilisieren. Je länger die – inzwischen ineinander übergreifenden – Kriege in Syrien und im Irak andauern, desto stärker erfassen die von außen angeheizten konfessionellen Gegensätze die Menschen vor Ort. Sie werden in Schubladen gezwungen, selbst wenn sie dies nicht wünschen. „Religiöse Kriege“ sind die bewaffneten Auseinandersetzungen allenfalls in der Perspektive von Salafisten und Dschihadisten, doch verläuft die Polarisierung de facto entlang religiöser Trennlinien. Gegenseitige Ressentiments haben massiv zugenommen und werden von den Parteien instrumentalisiert.

Flucht und Vertreibung haben zu massiven Bevölkerungsverschiebungen geführt, die sicherlich zu einem bedeutenden Teil irreversibel sein werden. Die faktische „Entmischung“ der Gruppen und der dadurch entstandene Hass lassen eine Rückkehr zum multi-religiösen und multikulturellen Status quo ante kaum mehr realistisch erscheinen. Nach einem Friedensschluss werden Bemühungen zur Versöhnung an erster Stelle stehen müssen. Doch werden sie nicht ausreichen. Es müssen neue staatliche Ordnungen gefunden werden, die ein dauerhaft friedliches Zusammenleben ermöglichen.

### **NEUE STAATEN ALS LÖSUNG?**

Immer häufiger ist zu lesen, dass die jungen Nationalstaaten Syrien und Irak gescheitert sind und eine territoriale Neuordnung auf der Grundlage historisch gewachsener religiöser, ethnischer bzw. auf Stammeszugehörigkeit basierender Gruppenidentitäten die beste Lösung wäre. So schreibt der Journalist Rainer Herrmann in der Zeitschrift *Internationale Politik*: „Die politische Landkarte im Nahen und Mittleren Osten löst sich auf. Syrien, Irak, Libyen, Jemen, Ägypten – die Liste der zerfallenden Staaten ist lang. [...] Weshalb soll es aber nicht drei Iraks geben, wenn der eine Irak nicht funktioniert hat? Weshalb soll es nicht sechs oder mehr Libyen geben, wenn das eine Libyen nicht zusammengehalten werden kann?“<sup>32</sup>

32 | Rainer Herrmann, „Nach dem Staatszerfall“, *Internationale Politik* 5, 09-10/2014, S. 8-15. Mit der Diskussion über neue Grenzziehungen befasst sich auch: Yaroslav Trofimov, „Would New Borders Mean Less Conflict in the Middle East?“, *Wall Street Journal*, 10.04.2015, <http://wsj.com/articles/would-new-borders-mean-less-conflict-in-the-middle-east-1428680793> [08.06.2015].

Solche Teilungsideen sind nicht neu. Im Jahr 2006 erregte der Publizist und frühere Staboffizier im Pentagon Ralph Peters mit einem Buch Aufsehen, das eine neue Staatenwelt im Nahen und Mittleren Osten propagierte, darunter ein vergrößerter Libanon unter Einschluss des von Alawiten, Christen und anderen Minderheiten geprägten syrischen Küstenstreifens, ein aus irakischen, iranischen, syrischen und türkischen Gebieten zusammengesetztes „Free Kurdistan“, ein „Sunni Iraq“ und ein „Arab Shia State“.<sup>33</sup> Zwei Jahrzehnte zuvor hatte der Likud-nahe Journalist und frühere Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums Oded Yinon vorgeschlagen, große arabische Staaten wie Ägypten, Syrien und Irak in kleinere ethnisch bzw. religiös definierte Einheiten aufzulösen. Manche seiner Vorschläge scheinen aktuelle Entwicklungen geradezu vorwegzunehmen:

„Syria will disintegrate into several states along the lines of its ethnic and sectarian structure, as is happening in Lebanon today. As a result, there will be a Shiite Alawi state, the district of Aleppo [sic!] will be a Sunni state, and the district of Damascus, another state which is hostile to the northern one. The Druze – even those of the Golan – should form a state in Hauran and in northern Jordan. This will be the long-run guarantee for security and peace in the entire region. [...] Iraq can be divided on regional and sectarian lines just like Syria in the Ottoman era. There will be three states, or more, around the three major cities, Basra, Baghdad and Mosul, while Shiite areas in the south will separate from the Sunni north which is mostly Kurdish.“<sup>34</sup>

Solche Ideen erscheinen auf den ersten Blick vielversprechend. Doch enthalten sie viele Fallstricke. Dies fängt damit an, dass Landteilung meist von interessierten Dritten ins Spiel gebracht wird. Viele Araber fürchten denn auch, dass der arabischen Welt heute wieder ein von außen diktiertes „Sykes-Picot“ bevorsteht.

33 | Vgl. Ralph Peters, *Never Quit the Fight*, Mechanicsburg PA, 2006. Die Präsentation von Peters' Landkarte durch einen US-Oberst am NATO Defence College Rom löste im September 2006 heftige türkische Proteste und eine Entschuldigung des US-Außenministeriums aus. Suleyman Kurt, „Carved-up Map of Turkey at NATO Prompts US Apology“, *Zaman*, 29.09.2006.

34 | Oded Yinon, „Making the Arab World Collapse“, *Journal of Palestine Studies*, Jg. 11, Nr. 4 / Jg. 12, Nr. 1, „Special Issue: The War in Lebanon“, Sommer/Herbst 1982, S. 213 f. (urspr. in *Kivvonim*, Winter 1981/82, 02/1982).

Auch Yinon hatte die strategische Aufteilung der arabischen Staaten in erster Linie zum sicherheitspolitischen Vorteil Israels vorgeschlagen: „Every inter-Arab confrontation will help us to persist in the short run and it will hasten the achievement of the supreme goal, namely sub-dividing Iraq into elements like Syria and Lebanon.“<sup>35</sup>

Es ist kaum vorstellbar, dass sich Vertreter der arabischen Regierungen und Repräsentanten der Bevölkerungsgruppen auf einer Friedenskonferenz einvernehmlich auf ein neues Staatensystem einigen werden. Im Regelfall sind Grenzveränderungen das Ergebnis militärischer Siege einer Partei oder sie werden von außen diktiert. In beiden Fällen wäre die Saat für neue Konflikte gelegt.



Mit der Schlacht um Aleppo (Mitte 2012) verstärkte sich die Islamisierung des syrischen Widerstandes – ein von der syrischen Regierung erwünschter und diskret geförderter Prozess. | Quelle: Christiaan Triebert, flickr ©<sup>1</sup>.

Eine staatliche Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens wäre auch deshalb problematisch, weil sich religiöse, ethnisch-sprachlich-kulturelle und tribale Identitäten überlappen. Welches Prinzip soll man anwenden? Eine Trennung nach Religionsgruppen bietet

35 | Ebd., S. 213. Folgerichtig zählt heute die israelische Regierung zu den Unterstützern einer kurdischen Unabhängigkeit im Nordirak. In einer Rede vor dem Institut für Nationale Sicherheit der Universität von Tel Aviv erklärte Premierminister Benjamin Netanyahu am 29. Juni 2014, dass Israel eine kurdische Unabhängigkeitserklärung unterstützen werde. Vgl. „Israel’s prime minister backs Kurdish independence“, *The Guardian*, 29.06.2014, <http://theguardian.com/world/2014/jun/29/israel-prime-minister-kurdish-independence> [26.05.2015].

sich am ehesten an, doch würde man in diesem Fall gemischt sunnitisch-schiitische Stämme wie die Jubur und die Schammar zerteilen. Bevölkerungsgruppen wie die Kurden definieren sich wiederum in erster Linie ethnisch-sprachlich-kulturell, nicht konfessionell.

Fraglich ist auch, ob neue Staaten auf der Basis von Gruppenidentitäten friedensfördernd wären. Zwar wird für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe eine „Heimstatt“ geschaffen, doch entstehen dadurch im Neustaat und im Altstaat erneut Minderheiten (wie z.B. Serben im Kosovo und Kosovo-Albaner in Serbien). Nicht selten sind diese Minderheiten die Verlierer der Trennung. Günstigstenfalls werden Schutzrechte für sie ausgehandelt. Ansonsten sind sie in Gefahr, diskriminiert, verfolgt oder vertrieben zu werden.

Auch sind Gruppen nicht homogen. So unterteilen sich die Christen im Nahen und Mittleren Osten in ein Dutzend Denominationen mit starker Eigenidentität. Völker wie die Kurden haben zweifellos ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, doch gliedern sie sich in zahlreiche Stämme und Religionsgemeinschaften. Es existiert nicht einmal eine gemeinsame kurdische Sprache.

Eine Staatsgründung für kleine Bevölkerungsgruppen (wie z.B. die Jesiden und Schabak auf religiöser, die Turkmenen auf ethnischesprachlich-kultureller Basis) dürfte kaum in Frage kommen; sie können von dem Lösungsmodell grundsätzlich nicht profitieren. Das Prinzip der Trennung widerspricht zudem einer jahrhundertelangen Geschichte des Zusammenlebens im Nahen und Mittleren Osten. Letztlich könnte es nur mit weiteren schmerzlichen Bevölkerungsverschiebungen umgesetzt werden.

**Ein aus Syrien herausgelöster Alawitenstaat könnte zum Piemont für die „unerlösten“ Alawiten im Libanon und der türkischen Provinz Hatay werden – Auslöser neuer Regionalkonflikte?**

Grenzveränderungen können eine unaufhaltsame Dynamik entfalten. Ein aus Syrien herausgelöster Alawitenstaat könnte sich zum Piemont für die „unerlösten“ Alawiten im Libanon und der türkischen Provinz Hatay entwickeln, ein aus dem Irak herausgelöster Kurdenstaat zum Piemont für die „unerlösten“ Kurden im Iran, in Syrien und der Türkei. Damit würden neue Regionalkonflikte provoziert.<sup>36</sup>

36 | Das Königreich Sardinien-Piemont wurde im 19. Jahrhundert zum Ausgangspunkt der italienischen Einigung und des Anschlusses „unerlöster“ Gebiete (*terra irredenta*) mit italienischen Bevölkerungen in Nachbarstaaten.

Zu bedenken ist auch, dass Sezessionen langwierige Folgekonflikte um Grenzverläufe und Ressourcen auslösen können. Die aktuellen Beispiele Äthiopien/Eritrea und Sudan/Südsudan mögen als warnende Beispiele dienen.

Auch wenn es in den nächsten Jahren zur erfolgreichen Abspaltung einzelner Territorien wie Irakisch-Kurdistan oder Südjemen kommen sollte: Eine neue politische Landkarte im Nahen und Mittleren Osten ist sicherlich kein Patentrezept für eine Befriedung der Region.

### **EINE ISLAMISTISCHE ORDNUNG ALS LÖSUNG?**

Islamisten propagieren nicht die Gründung neuer Staaten, sondern im Gegenteil den Zusammenschluss der muslimischen Staaten auf der Grundlage der *umma* (Gemeinschaft der Gläubigen). Hierfür gibt es verschiedene Modelle, die vom Staatenbund bis zum Kalifat reichen.

Diese Lösungsoption hat den Vorteil, dass sie (zumindest in der Theorie) Muslime anderer ethnischer Herkunft integriert. So wären in einem sunnitischen islamischen Gemeinwesen die sunnitischen Kurden und Turkmenen de jure gleichberechtigte Bürger. Hingegen wären Schiiten und Nicht-Muslime tendenziell keine vollwertigen Mitglieder der *umma*. Sie würden wohl bestenfalls als geschützte Minderheiten toleriert (wie z.B. Christen, Juden und Zoroastrier in der Islamischen Republik Iran), ggf. benachteiligt oder gar verfolgt.

Islamistische Ordnungen sind deshalb ebenfalls nur bedingt dafür geeignet, Gruppenkonflikte zu überwinden. Fraglich ist zudem, ob und inwieweit es gelingt, Demokratie und Islamismus zu verknüpfen, wie in der Islamischen Republik Iran postuliert und von der sunnitischen Muslimbruderschaft angestrebt. Radikale Islamisten wiederum lehnen sowohl die Demokratie wie auch religiösen Pluralismus grundsätzlich ab.

### **ANDERE LÖSUNGEN?**

Eine allgemeine, gleiche, unitäre Demokratie mit garantierten Grund- und Menschenrechten ist aufgrund der stark ausgeprägten Gruppenidentitäten und der in den letzten Jahren angeheizten Feindseligkeiten sicherlich nicht ausreichend. Als Alternativen bieten sich folgende Ordnungen an:

- ein Bundesstaat mit weitgehend eigenständigen Gliedstaaten,
- eine Territorialautonomie für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe,
- eine radikale Dezentralisierung und Gruppenselbstverwaltung,<sup>37</sup>
- eine Konkordanzdemokratie ohne Mehrheitsprinzip (Zwang zu Großer Koalition, Vetorechte, Proporzregelungen).

Alle genannten Ordnungsmodelle haben ihre Vorzüge, aber auch ihre Nachteile. So kann eine bundesstaatliche Ordnung die Dominanz einer zahlenmäßig starken Bevölkerungsgruppe in einem Staat entschärfen, doch bleiben möglicherweise auf der Ebene der Gliedstaaten Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen bestehen. Eine Territorialautonomie privilegiert eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, was freilich bei den anderen Ressentiments auslösen kann. Eine Konkordanzdemokratie ohne Mehrheitsprinzip bindet alle Gruppen explizit in den politischen Prozess ein und verhindert eine Majorisierung durch die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Doch ist die Konkordanzdemokratie bürokratisch aufwändig und kann eine rasche Entscheidungsfindung erschweren.

Ein Anwendungsbeispiel für letztere Ordnung ist der Libanon. Nicht die konkordanzdemokratische Verfassung als solche, sondern deren unterbliebene Anpassung an die demografischen Realitäten trug 1975 zum Ausbruch des Bürgerkriegs bei, gepaart mit unheilvollen externen Einflüssen (Palästinensische Fatah, Israel, Syrien). Der Libanon ist das einzige Land in der arabischen Welt, in dem seit der Unabhängigkeit ununterbrochen eine Demokratie bestanden hat, und kein anderes arabisches Land kennt ein so hohes Maß an Religions-, Kultur- und Meinungsfreiheit.

Welche staatliche Ordnung auch immer in Syrien und im Irak gewählt werden wird: Sie wird sicherlich den komplexen Gruppenidentitäten Rechnung tragen und allen Einwohnern Schutz und Gleichberechtigung garantieren müssen. Sollten zudem Staatsgrenzen im Rahmen regionaler Integration ihre trennende Wirkung allmählich verlieren, wäre eine weitere Voraussetzung für eine friedliche Koexistenz der Bevölkerungsgruppen geschaffen.

37 | Einen solchen Ansatz propagiert neuerdings unter der Bezeichnung „Demokratischer Konföderalismus“ die Kurdische Arbeiterpartei (PKK). Jede religiöse, ethnische und kulturelle Gruppe erhalte das Recht, demokratische Selbstverwaltung zu beanspruchen. In den kurdischen Kantonen Syriens (genannt „Rojava“) soll das Konzept bereits umgesetzt sein. Vgl. Songül Karabulut/Müslüm Örtülü, „Rojava oder das Konzept des Demokratischen Konföderalismus“, *WeltTrends*, Nr. 101, 03/2015, S. 42-48.